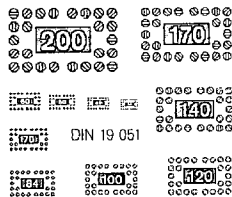
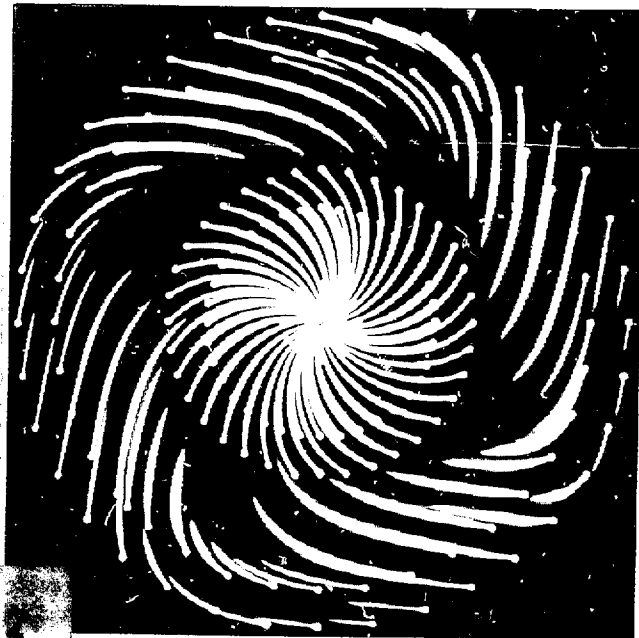


SOZIALISTISCHE FRAKTION  
IM  
EUROPÄISCHEN PARLAMENT

0



PROLETARIAT

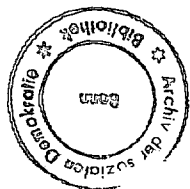


451

# INHALT

## VORWORT

A. 1. Stellenwert der Energiepolitik für die Sozialisten	3
2. Gegenwärtige Situation	4
3. Der Weg zum energiesparsamen Wachstum	6
4. Handlungsbedarf der F.G.	-
5. Energie und Beschäftigung	-
6. Energie und Umwelt	8
7. Energie und Dritte Welt	9
<b>B. Forderung der Sozialistischen Fraktion</b>	<b>10</b>
1. Energiesparen und rationelle Verwendung	10
2. Energie und Umwelt	10
3. Erneuerbare Energien	11
4. Nichterneuerbare Energien	11
a) Öl	12
b) Kohle	12
c) Gas	13
d) Uran	13
5. Preise und Tarifgestaltung	14
6. Finanzierung	14
7. Aussenbeziehungen	14
8. Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	15
<b>Sozialistische Mitglieder des Ausschusses für Energie, Forschung und Technologie</b>	<b>16</b>



A84-4512

## FORWORT

von Ernest GLINNE

Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion  
im Europäischen Parlament

Ich bin sehr glücklich, dass die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament ein Energieprogramm für die Europäische Gemeinschaft erarbeitet hat. Die Verantwortlichen dieses Papers stellt in eine Zeit, die von technologischen Sprüngen und Fortschritt über Jahrhunderte hinweg in der Menschheit geprägt ist, sondern durch ein Überangebot an Energie, die über den Preisverfall bei Rohöl geprägt ist. Derzeit ist die Welt mit fossilen Brennstoffen Öl, Gas, Kohle und Strom

Nur wenn man sich die Situation in wenigen Jahren anschaut und die Welt zu uns schenken, durch eine intelligente Energiepolitik und Energieeffizienz, nicht zu produzieren, oder mit anderen Worten, können wir ein solches Wirtschaftswachstum erreichen, ohne mehr Energie und Rohstoffe zu verbrauchen. Und schaut es uns, die Energiepolitik zu verbessern, um unsere Handelsbilanz zu verbessern und unabhängig von Dritten zu werden. Werden wir es schaffen, im Innern der Europäischen Gemeinschaft schärfere Umweltbestimmungen durchzusetzen, die den Ausstoss von Schwefeldioxid, von Stickoxiden und von Schwermetallen sparen zu können und die zu einer wirtschaftlicheren und umweltfreundlicheren Nutzung der Abwärme führen. Und werden wir mit der noch ungelösten Frage des nuklearen Brennstoffkreislaufs fertig, so dass wir wissen, was mit dem hochradioaktiven Abfall eines Landes geschieht?

Auf diese und weitere Fragen versucht unser Programm eine politische Antwort zu geben. Gerade weil wir wissen, dass viele Probleme im Energie- und Umweltbereich nur noch auf europäischer Ebene zu lösen sind, bemühen wir uns um eine europäische Energiepolitik.

Das Programm wurde nach langer und sorgfältiger Diskussion in der Sozialistischen Fraktion Punkt für Punkt behandelt und abgestimmt. Wir haben es uns nicht leicht gemacht, doch wir wissen jetzt, dass die gesamte Fraktion dahinter steht.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hat fertiggemacht, was der EG-Ministerrat seit Jahrzehnten nicht schafft – ein verbindliches europäisches Programm mit dem Ziel eines sparsamen Umgangs mit Energie.

Ich wünsche diesem Programm nicht nur eine grosse Verbreitung, sondern auch seine baldige Verwirklichung in unserer Europäischen Gemeinschaft.

Ernest Glinne

## ENERGIEPOLITISCHES PROGRAMM DER SOZIALISTISCHEN FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

### 1. Stellenwert der Energiepolitik für die europäischen Sozialisten

1.1 Wir Sozialisten wollen, dass die technologische Entwicklung das Ergebnis demokratischer Willensbildung über die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft ist.

Deshalb ist auch die Energiepolitik kein ausschliesslich technisches oder ökonomisches Problem nicht.

Wie Energiepolitik betrieben wird, entscheidet mit über Zahl und Qualität unserer Arbeitsplätze, über Bewahrung oder Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und über unsere Gesundheit.

1.2 Sozialistische Energiepolitik soll dem Menschen dienen, die Umwelt schonen, Rohstoffe und Energie sparen sowie die Energieversorgung sichern und Arbeitsplätze schaffen. Sie darf deshalb keine Anpassung an vermeintliche Sachzwänge sein, sondern muss das Ergebnis einer politischen Willensäusserung sein. Sie muss eine Antwort auf die Frage geben, wie wir in Zukunft leben wollen.

1.3 Energiepolitik muss in den Dienst des Friedens gestellt werden. Wir treten ein für eine internationale Zusammenarbeit mit den Energie- und Rohstoffexportländern, für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen und eine verstärkte Hilfe für die Länder der Dritten Welt. Wir sprechen uns auch für eine vermehrte Ost-West-Kooperation im Energiesektor aus.

1.4 Die Sozialistische Fraktion betont den gesellschaftlichen Charakter der Energiepolitik. Wo der Markt den gesellschaftlichen Zielen dient, soll er erhalten und ausgebaut werden. Wo aber multinationale Gesellschaften die Märkte monopolisieren, ist öffentliches Handeln und Kontrolle erforderlich. Ein europäisches Gesellschaftsrecht unter Einbeziehung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften ist deshalb dringend erforderlich.

### 2. Die gegenwärtige Situation

2.1 In den letzten 10 Jahren erlebte die Weltwirtschaft zwei grosse Ölpreiskrisen. Die Antwort der Gemeinschaft auf diese Heraus-

forderung war zuerst einmal konservativer Natur: eine Politik weg vom Öl durch Diversifizierung der Primärenergieträger bei starker Betonung der Kernenergie. Öl sollte durch andere Energieträger ersetzt werden. Diese Strategie ging weiterhin von hohen Energiewachstumsraten aus. Die war produktionsorientiert.

Ausgelöst von einer Kritik des ungezügelten Wachstums und eines wachsenden Umweltbewusstseins der Bürger gewann eine verbrauchsorientierte Strategie jedoch immer mehr an Boden. Energiesparen wurde als wichtige Energiequelle entdeckt. In einer Studie der Kommission mit dem Titel „Für ein energiesparsames Wachstum“ wurde das Einsparpotential je nach Sektor zwischen 15 und 50% geschätzt. Heute sind durchaus positive Anzeichen in Richtung energiesparsames Wachstum sichtbar. Die Abhängigkeit von Ölimporten ging zurück. Das Energieangebot wurde später stärker differenziert. Das Energiewachstum ist in der Nähe von Null.

2.2 Es sind aber auch neue Gefahren und Schwächen der Energiepolitik sichtbar geworden. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- die Erfolge beim Energiesparen sind nur zum Teil Ergebnis einer rationelleren Energieverwendung. Weit mehr trägt die wirtschaftliche Rezession mit unausgelasteten Kapazitäten der Unternehmen zu einem verringerten Energieverbrauch bei. Das Energieeinsparpotential ist längst nicht ausgeschöpft;
- viele Energieanlagen gefährden die Umwelt und unsere Sicherheit. Die Emission von SO<sub>2</sub> und Stickoxiden aus Kohlekraftwerken sowie das praktisch noch ungelöste Problem der Behandlung bestrahlter Brennstoffe aus Kernkraftwerken sind dafür Beispiele;
- nach dem Beitrag der Energiepolitik zur Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze wird kaum gefragt. Dabei ist heute offensichtlich, dass die Zahl der Arbeitsplätze auch von der gewählten Energiestrategie abhängt.

In der Gemeinschaft sind Zehntausende von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau gefährdet, wenn der Anteil der EG-Kohle an der Energieversorgung weiter schrumpft. Diese Arbeitsplätze müssen erhalten werden. Wir sind davon überzeugt, dass die Einführung neuer Technologien zur rationellen und umweltfreundlichen Erzeugung und Verwendung von Energie grosse beschäftigungspolitische Impulse auslösen wird;

- die fortdauernde Importabhängigkeit von Rohöl macht die Gemeinschaft weiterhin wirtschaftlich und politisch verwundbar. Die Entwicklung des Weltrohölmarktes bleibt auch in Zukunft weitgehend unberechenbar. Der derzeitige Preisrutsch auf dem Ölmarkt schliesst eine erneute Ökrisis keineswegs aus und darf nicht dazu verleiten, in den Anstrengungen zur Verminderung der Importabhängigkeit nachzulassen; die langfristigen Probleme der Ölversorgung — zunehmende Knappheit und höhere Kosten — bleiben bestehen;
- die Kosten- und Preisstruktur innerhalb der EG ist unterschiedlich und zu undurchsichtig. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen und erschwert eine einheitliche Energiestrategie;
- die Finanzierung der Energieinvestitionen stellt die Mitgliedstaaten vor grosse Probleme;
- die Energieversorgung in den Ländern der Dritten Welt wird aus finanziellen und ökologischen Gründen zunehmend kritischer. Auch lassen die Industriestaaten im allgemeinen wenig Bereitschaft zu kooperativem Handeln erkennen;
- viele grosse Energieunternehmen entziehen sich einer gesellschaftlichen Kontrolle auf nationaler Ebene. EG-weit gibt es nicht einmal einen Hauch von Mitwirkung der Arbeitnehmer.

### 3. Auf dem Weg zu einem energiesparsamen Wachstum

3.1 Energieprobleme haben die Gemeinschaft seit den 50er Jahren begleitet. Der EGKS-Vertrag hatte die Erzeugung und die Preise von Kohle zum Inhalt, der EURATOM-Vertrag regelte Versorgung und Investitionen im Bereich der Kernenergie. Der EWG-Vertrag nahm zur Energiepolitik in allgemeineren Formeln Stellung.

Dennoch kam es weder in der 50er noch in den 60er Jahren zu einer gemeinsamen Energiestrategie.

Erst 1974, nach der ersten Ölpreiserhöhung, versuchte der Rat eine neue energie- und forschungspolitische Strategie für die Gemeinschaft festzulegen, die an folgendem Denkmuster orientiert war: Verringerung der Importe, Diversifizierung der Bezugsquellen, Förderung der heimischen Energiequellen, vor allem aber ein forcierter Ausbau der Kernenergie.

Das energiepolitische Vorgehen der Gemeinschaft war also im wesentlichen produktionsorientiert.

3.2 Hingegen hat die Sozialistische Fraktion seit der Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 immer wieder darauf gedrängt, die energiepolitischen Schwerpunkte zu verschieben. Anstelle der produktionsorientierten sollte eine verbrauchsorientierte Politik betrieben werden. Energiesparen sollte an die erste Stelle der Prioritätenliste treten.

Seitdem ist auch in der Gemeinschaft ein Umdenken spürbar. Die Bedeutung des Energiesparens wurde erkannt. Es gibt auch mehr Bereitschaft, über die Umwelt- und Sozialverträglichkeit der verschiedenen Energieketten nachzudenken.

#### 4. Warum die EG zum Handeln aufgerufen ist

Die wesentlichen Probleme der Energiepolitik in Europa können nur gemeinsam gelöst werden. Wir setzen uns deshalb für eine gemeinsame Strategie ein.

Der Sozialistischen Fraktion ist dabei bewusst, dass es auf diesem Weg eine Reihe von Hemmnissen gibt. Dazu gehören:

- die unterschiedlichen Energieressourcen der Mitgliedsländer
- historisch gewachsene Verbrauchs- und Produktionsgewohnheiten
- unterschiedliche energiepolitische Ansätze
- sowie verschiedenartige Aussenbeziehungen.

Eine gemeinsame Energiepolitik kommt deshalb nur zustande, wenn ein vernünftiger Interessenausgleich stattfindet.

Die Gemeinschaft kann dabei nicht die nationalen Energiepolitiken ersetzen. Doch sollte sie einen Bezugsrahmen abstecken, innerhalb dessen bestimmte Massnahmen zu treffen sind.

Die Gemeinschaft ist vor allem dann zum Handeln aufgerufen,

- wenn es sich aus den Verträgen ergibt;
- wenn es zum gemeinsamen Vorteil aller Mitgliedstaaten ist;
- und wenn es aus Gründen der Solidarität nötig ist.

#### 5. Energie und Beschäftigung

Die Ölpreiserhöhungen der Vergangenheit haben die Beschäftigung in den Industriestaaten nachhaltig beeinflusst. Spürbar negative Effekte gingen von den realen Einkommensverlusten aus, d.h. dem Transfer von Kaufkraft aus den Industrieländern in die OPEC-Länder. Die hohe

Ölrechnung zwang viele Staaten zu einer restriktiven Politik und hat auch in der EG Arbeitsplätze vernichtet. Umgekehrt hat aber der hohe Energiepreis auch positive Beschäftigungsimpulse ausgelöst. Neue Energiequellen wurden erschlossen. Auch die Energiesparmassnahmen schufen neue Arbeitsplätze.

Allgemein kann man feststellen, dass Energie aus billigem Öl durch mehr arbeits- und kapitalintensive Energiequellen ersetzt worden ist. Ein steigender Energiepreis kann also durchaus zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Der Bau neuer Kraftwerke schafft in der Regel weniger Arbeitsplätze als Massnahmen zur rationellen Energieverwendung.

Im gesamten gesehen ist es wirtschaftlicher, ein Barrel eingeführtes Öl durch Einsparmassnahmen zu ersetzen als durch eine Erhöhung der Energieproduktion.

Sofern dennoch neue Kraftwerke benötigt werden, sind vom Einsatz der Kohle die grössten Effekte zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu erwarten. Die Sozialistische Fraktion misst deshalb der heimischen Kohle eine hohe Bedeutung bei und setzt sich für Beibehaltung der Förderkapazitäten und für die Selbstversorgung bei bestimmten Kohlearten ein.

Einen wichtigen Beitrag für den Arbeitsmarkt erwarten wir auch von der Entwicklung und Einführung von Techniken zur Nutzung der erneuerbaren Energien.

#### 6. Energie und Umwelt

Theoretisch reichen die nichterneuerbaren Brennstoffe auf der Welt — Kohle, Erdöl, Erdgas, Ölschiefer, Teersand und Uran — zum Teil noch für Jahrhunderte, doch werfen sie u.a. schwerwiegende Umweltprobleme auf.

Die Konzentration von Kohlendioxid und ozonabbauenden Chemikalien in der Atmosphäre nimmt derart zu, dass schwerwiegende klimatische Veränderungen zu erwarten sind. Der saure Regen bedroht Seen, Böden und Wälder. Radioaktive Stoffe werfen in einer wachsenden Zahl von Ländern Gesundheits- und Sicherheitsprobleme auf.

Weltweit bedroht die anhaltende Nachfrage nach Holzprodukten und Brennholz den Bestand der Wälder. Infolge der Erosion und Wüstenausbreitung wird es womöglich zu einer ernsthaften Verschlechterung der landwirtschaftlichen Nutzflächen kommen.

Die wachsende Einsicht in den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltbelastung drängt nach internationaler Kooperation. In der Energiepolitik ist gemeinschaftliches Handeln deshalb geradezu zwingend.

Eine ökologisch verträgliche Energiepolitik muss keineswegs auf Null-Wachstum beruhen. Aber sie muss das zerstörerische „Schadstoff-Wachstum“ zurückdrängen. Die Energiepolitik der Gemeinschaft muss darauf zusammen mit der Forschungs- und Technologiepolitik, der Industriepolitik und der Umweltpolitik mit einer Neuorientierung ihrer Zielsetzungen und Instrumente reagieren.

## 7. Energie und Dritte Welt

Der Erdölverbrauch der Dritten Welt beträgt nur einen Bruchteil des Verbrauchs der EG-Mitgliedstaaten. Dennoch haben die Länder der Dritten Welt mehr Probleme mit der Ölpreiserhöhung als die EG. Dazu kommen die Schäden, die sich aus einer unsachgerechten Nutzung der nichtkommerziellen Energie ergeben. Abholzung und Versteppung sind heute als lebensbedrohende Naturzerstörung wohl erkannt, aber nur wenig wirksam bekämpft.

Die EG unterhält zu den AKP-Staaten besondere Beziehungen. Sie sind im Abkommen von Lomé festgelegt. Die Zusammenarbeit erstreckt sich auch auf den Energiebereich. Doch sind die dafür zur Verfügung stehenden Mittel unzureichend.

Die Sozialistische Fraktion begrüßt die Forderungen der Beratenden Versammlung AKP-EWG (sog. „Siddig-Bericht“) und betont die Bedeutung der erneuerbaren Energiequellen, der Wasserkraft, der Dezentralisierung der Energieversorgung sowie der rationellen Nutzung vorhandener Energiequellen in der Dritten Welt. Sie haben Vorrang vor Grossprojekten. Die Energietechnologie muss auf die Bedürfnisse der Länder der Dritten Welt zugeschnitten sein.

Besondere Beachtung müssen die Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder finden. Die Sozialistische Fraktion fordert die Verwirklichung der Ziele, die sich die UNO-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder (Paris 1981) gesteckt hat.

## B. EINZELNE FORDERUNGEN DER SOZIALISTISCHEN FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Leitwerte unserer Energiepolitik sind

- nach aussen: — Verringerung unserer Abhängigkeit von Energieimporten  
— ein Beitrag zur Friedenssicherung zwischen Ost und West  
— Lösung der weltweiten Energieprobleme, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt
- nach innen: — gemeinsame Umwelt- und Sicherheitsvorschriften  
— Entkopplung von Wirtschafts- und Energiewachstum  
— vorrangige Erschließung eigener Energieträger, insbesondere alternativer Energien  
— Dezentralisierung der Energieversorgung.

Ganz im Sinne eines energiesparsamen Wachstums wird deshalb angestrebt, Produktionsmethoden und Verbrauchsgewohnheiten auf einen rationellen, also sparsamen Umgang mit Energie auszurichten. Die Abhängigkeit von Energieimporten soll verringert werden, indem vor allem jene Ressourcen genutzt werden, über die die Gemeinschaft selbst verfügt. Zur Entwicklung und Verbreitung alternativer Energiequellen, insbesondere der Sonnenenergie, sollen verstärkt Mittel bereitgestellt werden.

Im einzelnen ergeben sich folgende Forderungen:

### 1. Energiesparen und rationeller Umgang mit Energie

Wir erblicken in dieser Forderung das weitaus grösste Energiepotential. Die Möglichkeiten, Energie in Industrie, Haushalt und Verkehr zu sparen, sind noch lange nicht ausgeschöpft. Wir fordern deshalb eine Harmonisierung der nationalen Energiesparstrategien. Die Gemeinschaft sollte dazu ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Wir bestätigen ausdrücklich unsere Forderungen zur Energieeinsparung, wie wir sie im April 1980 im EP aufgestellt haben.

### 2. Energie und Umwelt

- Die grenzüberschreitende Natur von Emissionen aus Kraftwerken verlangt geradezu eine Harmonisierung vom Umweltvorschriften



Sie ist umso nötiger, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, die durch unterschiedliche Umweltauflagen für die Industrie in den Mitgliedstaaten entstehen könnten. Bei der Aufstellung gemeinsamer Vorschriften für Umwelt und Sicherheit ist der letzte Entwicklungsstand von Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen.

- Die Gemeinschaft sollte ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, um Forschungsvorhaben zur Emissionsreduzierung und zur Finanzierung von Kernkraftwerken zu finanzieren. Gemeinschaftsaktionen können aber nationale Anstrengungen nicht ersetzen.
- Die Umweltverträglichkeit ist eine durchgehende Forderung. Sie betrifft sowohl den Bereich der Energieerzeugung als auch der Energieverwendung.

### 3. Erneuerbare Energiequellen

Wir erwarten besonders für die längerfristige Energieversorgung von den erneuerbaren Energiequellen, wie der Sonnenenergie, Windenergie, Geothermie und der Biomasse wichtige Beiträge

Dabei verfolgen wir vier Ziele:

- die Schaffung neuer Industrien und Arbeitsplätze
- eine Dezentralisierung der Energieerzeugung und somit positive Impulse für die Regionalpolitik
- einen wirksamen Beitrag zur Verringerung der Umweltprobleme
- eine engere Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt.

Wir fordern eine Verstärkung der Erforschung, Entwicklung und Erprobung sowie der Markteinführung von erneuerbaren Energien.

Die hierfür vorgesehenen Gemeinschaftsmittel müssen spürbar erhöht werden. Es geht nicht an, dass sie nur einen Bruchteil der Mittel betragen, die für die Nuklearforschung ausgegeben werden.

### 4. Nichterneuerbare Energiequellen

Darunter verstehen wir Öl, Kohle, Gas und Uran. Sie haben gemeinsam, dass sie

- nicht erneuerbar sind
- zum grossen Teil importiert werden müssen
- mit Gefahren für Sicherheit und Umwelt verbunden sind.

Allerdings werden sie auch in absehbarer Zukunft unsere wichtigsten Energiequellen sein.

Jedes Mitgliedsland muss für sich entscheiden, wie es diese vier nicht-erneuerbaren Energiequellen einsetzt und wie es sie gewichtet.

Doch gibt es einige wesentliche Gesichtspunkte, die im Interesse aller gemeinsam angepackt werden müssen:

#### a) Öl

- Die Gemeinschaft muss sich darauf verständigen, wie sie sich im Vorfeld und während einer Versorgungskrise verhält. In Ergänzung zum Krisenmechanismus der IEA (Internationale Energie-Agentur) muss ein Vor-Krisenmechanismus ausgearbeitet werden.
- Die Vorratshaltung bedarf ständiger Überprüfung. Die Ölfirmen haben die Kosten der Lagerung selbst zu tragen.
- Die staatliche und private Ölpolitik muss durchsichtig sein. Das Informationssystem muss verbessert werden.
- Die Unternehmen müssen einer strengeren Kartellaufsicht unterworfen werden.
- Die öffentlich kontrollierten Energieunternehmen sollen in der EUG besser zusammenarbeiten. Wir schlagen die Bildung einer europäischen Öleinkaufs- und Prospektionsgesellschaft vor.

#### b) Kohle

- Die Produktionskapazität der Gemeinschaft darf nicht eingeschränkt werden. Wir streben die Selbstversorgung bei bestimmten Kohlearten an.
- In der Industrie und bei der Stromerzeugung sollte Öl und Gas soweit wie möglich durch Kohle ersetzt werden, wobei strenge Umweltschutzbedingungen einzuhalten sind.
- Durch die Wärme-Kraft-Kopplung soll die Kohle besser genutzt werden.
- Der innergemeinschaftliche Kohlehandel muss gefördert werden.
- Die Interessen der kohlefördernden Mitgliedsländer müssen mit denen der kohlelosen verbunden werden.
- Die Kokscokebeihilfe ist beizubehalten und soweit wie möglich zu verbessern.
- Finanzielle Unterstützung ist vorzusehen für die Anwendung neuer Technologien zum Abbau, Verbrauch und zur Veredelung von Kohle.

- Kohleimporte aus Drittländern dürfen nicht zu einer Verdrängung der Inlandskohle führen. Der Anteil von Importen am Kohlemarkt der EG darf nicht weiter ansteigen.

Die Sozialistische Fraktion wendet sich gegen den Bezug aus Ländern, in welchen die Kohle unter Arbeitsbedingungen gefördert wird, die mit den Konventionen der IAO (Intern. Arbeits-Organisation) unvereinbar sind.

- Die Schliessung von Zechen darf nur das letzte Mittel sein. Sie muss an die Erschliessung neuer Kapazitäten gekoppelt werden. Wir treten darüberhinaus für die Suche nach neuen Produktionsmöglichkeiten sowie für Umstellungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ein.

#### c) Gas

- Erdgas leistet einen bedeutenden Beitrag zur Substitution von Heizöl und zur Verbesserung der Umweltbedingungen der Energieversorgung;
- Die Politik der Diversifikation von Gasimporten ist fortzusetzen. Die Sozialistische Fraktion unterstützt deshalb auch das Erdgas-Rohren-Geschäft mit der Sowjetunion;
- Der innergemeinschaftliche Gasverbund muss ausgebaut werden;
- Die Unternehmen sind aufgefordert, den Ausbau der Speicherkapazitäten bedarfsgerecht vorzunehmen;
- Mitgliedstaaten und Kommission sind aufgefordert, auf die Gasunternehmen in der Gemeinschaft einzuwirken, für importiertes Erdgas nur solche Konditionen zu vereinbaren, die eine wettbewerbsfähige Vermarktung des Gases gegenüber dem Erdöl erlauben.

#### d) Uran

- Wir respektieren die in den Mitgliedsländern unterschiedlichen Einstellungen zum Einsatz von Kernenergie;
- Wir sprechen uns aber gegen eine Überbewertung der Nuklearenergie aus;
- Von gemeinsamen Interesse sind besonders Fragen der Sicherheit und des Brennstoffkreislaufs. Dafür sollten Gemeinschaftsmittel zur Verfügung gestellt werden;
- Wir befürworten eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in folgenden Fragen:
  - gemeinsame Sicherheitsstandards;

- gemeinsame Regelungen bei Planung und Bau von Kernkraftwerken in Grenznähe. Die Vergabe von EURATOM-Anleihen zum Bau neuer Kernkraftwerke muss an die Einhaltung gemeinschaftlicher Konsultationsverfahren geknüpft werden;

- gemeinsames Informationssystem über Unfälle und Gefahren,
- Zur Verhinderung der Weitergabe von Atomwaffen (Proliferation) bedarf es gemeinsamer restriktiver Exportrichtlinien.

### 5. Preise und Tarifgestaltung

- Die Preisentwicklung muss kontinuierlich erfolgen, um langfristige Investitionen wirtschaftlich zu machen. Der Preis muss die Knappheit des Gutes Energie widerspiegeln;
- Die Preisgestaltung muss durchsichtig sein;
- Die Tarifgestaltung darf nicht zu erhöhtem Verbrauch an Energie veranlassen;
- Ausnahmen von dieser Regel dürfen nur bei sozialen Hartfällen gemacht werden.

### 6. Finanzierung

- Der Anteil für Energie und Energieforschung im EG-Haushalt muss erhöht werden. Die Mittelansätze sollen auch unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigungswirksamkeit erfolgen.
- Das neue finanzielle Gemeinschaftsinstrument und die Europäische Investitionsbank sollen künftig den nichtnuklearen Energievorhaben die weitaus grösste Hilfe zukommen lassen.

### 7. Aussenbeziehungen

- Die Energieimporte sollen politisch und geographisch weitgehend verteilt werden (Diversifizierung), um eine einseitige Abhängigkeit zu vermeiden. Verträge sollen langfristig abgeschlossen werden.
- Wir sprechen uns des weiteren für eine gemeinsame Verhandlungsstrategie mit den OPEC-Ländern aus. Die Beziehungen müssen auf gegenseitigen Vorteil begründet sein.
- Im Rahmen der Ost-West-Beziehungen kommt einer energiepolitischen Zusammenarbeit besondere Bedeutung zu.



## 8. Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern

- Die Zusammenarbeit im Energiebereich soll zum Ziel haben, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Energieimporten zu verringern und die Ressourcen der Entwicklungsländer besser zu nutzen. Dafür soll die Gemeinschaft mehr Mittel zur Verfügung stellen.
- Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit soll die Deckung des Energiebedarfs in den ländlichen Gebieten sein, wobei kleinen Projekten Vorrang zu geben ist.
- In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern sollen für die Bedürfnisse dieser Länder geeignete Technologien entwickelt werden. Dies sollte weitgehend in den Entwicklungsländern selbst erfolgen und diesen erlauben, ihre Ressourcen für ihre Entwicklung besser einzusetzen.
- Die Sozialistische Fraktion spricht sich dafür aus, dass bei den Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum zweiten AKP/EG-Abkommen von Lomé der Energiepolitik eine zentrale Rolle eingeräumt wird.

## Mitglieder der Sozialistischen Fraktion im AUSSCHUSS FÜR ENERGIE, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE des Europäischen Parlaments

Gordon ADAM	Lab. Grossbritannien
Pierre BERNARD	P.S. Frankreich
Michael GALLAGHER	Lab. Grossbritannien
Brendan HALLIGAN	Lab. Irland
Rolf LINKOHR	SPD Deutschland
Anne-Marie LIZIN	P.S. Belgien
Christos MARKOPOULOS	PA.SO.K. Griechenland
Daniel PERCHERON	P.S. Frankreich
Eggert PETERSEN	S Dänemark
Dieter ROGALLA	SPD Deutschland
Gerhard SCHMID	SPD Deutschland

**Weitere Informationen und Broschüren sind unter folgender Adresse erhältlich:**

**Europäisches Parlament**  
Sozialistische Fraktion  
Pressedienst  
rue Belliard 97-113,  
1040 Brüssel  
Belgien  
Tel: (02) 234 21 11  
Telex: 63988 SOCEP

**In Deutschland:**

SPD — Parteivorstand  
Europabüro  
Erich. Ollenhauer Strasse 1  
D-5300 Bonn  
Tel: (0228) 5321

